

Dietmar Riemann

Laufzettel

Tagebuch einer Ausreise

Biografische Quellen

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht



Biografische Quellen

Band 3

Herausgegeben von der Bundesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Vandenhoeck & Ruprecht

Dietmar Riemann

Laufzettel

Tagebuch einer Ausreise

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 3-525-35800-8

© 2005, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen. / www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Umschlagkonzept: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg

Umschlagbild: © Dietmar Riemann

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

| | |
|-------------------------------------------|-----|
| Vorwort | 7 |
| Einführung | 9 |
| Tagebuch 1986 bis 1996 | 25 |
| 1986 | 25 |
| 1987 | 139 |
| 1988 | 221 |
| 1989 | 295 |
| 1990 | 389 |
| 1991 | 407 |
| 1992 | 421 |
| 1995 | 427 |
| 1996 | 437 |
| Nachwort | 439 |
| Dokumentenverzeichnis und Dokumente | 441 |
| Abkürzungen | 511 |

Vorwort

Wir haben nur einen von Millionen und Milliarden Augenblicken von zwei Menschen festgehalten mit dem Teufelsmittel der Fotografie, sagte ich mir, und beschuldigen diese zwei fotografierten Menschen lebenslänglich wegen dieses einen Augenblicks, welcher ihre spöttischen Gesichter zeigt. [...]

Die Fotografie ist tatsächlich die Teufelskunst unserer Zeit, sagte ich mir, sie lässt uns jahrelang und jahrzehntelang und lebenslänglich spöttische Gesichter sehen, wo es nur ein einziges Mal solche spöttischen Gesichter gegeben hat, nur einen einzigen Augenblick lang auf einem Foto, welches wir vollkommen unüberlegt gemacht haben, einem plötzlichen Einfall nachgebend.¹

Ich halte Dietmar Riemanns Sehweise für hervorragend geeignet, den Weg zum Verstehen aufzutun [...] seine Methode ist die des Gesprächs, er versucht einen Prozess sich entwickeln zu lassen, in dem sich das Wesen dessen entfaltet, von dem er ein Bild vermitteln will, und er fixiert jenen Moment, in dem dieses Entfalten gipfelt: Atom der Ewigkeit, nicht der Zeit. Dieser Moment ist verdichteter Alltag, allerdings nicht im naturalistischen Sinn: Solch ein Gespräch ist ja ebenso Alltag wie zum Alltag ein Anderes; es konzentriert, was der tägliche Hingang zerstreut. [...]

Wie jedes gültige Kunstwerk sind auch Fotografien von Rang als Träger eines Mythos' verstehbar; sie halten jenen Ort und jenen Moment fest, da der Alltag transzendiert oder, um es noch einmal zu sagen, da ein Atom Zeit ein Atom Ewigkeit wird.²

Der Tagebuchschreiber hat mich gebeten, seine Aufzeichnungen zu lesen und nötigenfalls zu ändern, um die Sätze lesbarer zu machen. Als Freund habe ich diese Aufgabe gern übernommen und im Rahmen meiner Möglichkeiten bewältigt.

Dietmar Riemann habe ich 1980 in den Samariteranstalten Fürstenwalde/Spree kennen gelernt. Ich war dort Heimleiter und -erzieher bei geistig behinderten Kindern und Jugendlichen. Riemann bat mich, meine Jungengruppe und mich in die vierzehntägige Freizeit an die Ostsee begleiten zu

1 Bernhard, Thomas: Auslöschung – Ein Zerfall. Berlin 1989.

2 Franz Fühmann in: Riemann, Dietmar: Was für eine Insel in was für einem Meer – Leben mit geistig Behinderten. Rostock 1985.

dürfen, weil er für seine Fotografikerdiplomarbeit neben anderen Lebensbereichen der Behinderten auch die Urlaubszeit fotografieren wollte. Ich lehnte ab, weil ich die Freizeit nicht durch einen Fremden, obendrein noch einen fotografierenden, stören lassen wollte.

Aber Dietmar Riemann versuchte einfühlsam und geduldig, mich für seine Sache zu gewinnen. Und ich ließ mich trotz nicht gänzlich ausgeräumter Bedenken erweichen. Welch ein Glück! Dieser Ostseeurlaub wurde wunderschön, weil Riemann sich verständnisvoll und harmonisch in das Gruppengeschehen eingefügt hat. Er wurde zu einem begehrten Gesprächspartner und Freund der Heimbewohner.

Durch Riemanns Ausreiseangelegenheit geriet unsere Freundschaft auf Eis und taute erst 1997 wieder auf.

Was die dreiköpfige Riemann-Familie unter dem Mauerregime und anschließend in der kapitalismusbestimmten Freiheit erlitten hat, ist diesem Tagebuch zu entnehmen. Es ist ein Dokument, das exemplarisch für das Schicksal vieler Menschen begriffen werden kann.

Obwohl ich viele der dargestellten Sachverhalte anders beurteile, weil ich sie anders erlebt habe, finde ich widersprüchliche Interpretationsmöglichkeiten spannend. Und so wünsche ich diesem Tagebuch viele Leser: ältere, damit sie sich erinnern und ihre Erfahrungen mit den beschriebenen vergleichen, und jüngere, damit sie sich vorstellen können, was das damals für ein Leben war.

Klaus Gubener

Wendtshof, im November 2002

Einführung

Flucht und Ausreise aus der DDR waren Alltagsphänomene eines Staates, der seine Bürger hinter Mauern, Todeszonen, Minenfeldern und Selbstschussanlagen einsperrte. Hinter jeder Flucht und jeder Ausreise standen menschliche Schicksale, die inzwischen in vielen Erinnerungsberichten ihren Niederschlag gefunden haben. Je später diese Geschichten, noch dazu unter anderen Verhältnissen, festgehalten wurden, umso wahrscheinlicher ist es, dass sich die unmittelbaren Erfahrungen und die damit verbundenen Reflexionen verfremden und die Vergangenheit neu konstruiert wird. Tagebuchaufzeichnungen bieten dagegen einen hohen Grad an Authentizität. Deren Sprache spiegelt die erfahrenen Konflikte ebenso wie die Mittel ihrer geistigen Verarbeitung und Kompensation. In Diktaturen, wie dem SED-Staat, gewinnen Tagebücher als politische Zeugnisse zudem eine herausragende Bedeutung. Erstens lösen sie die typische Zweigesichtigkeit auf, öffentlich anders zu reden als zu denken, und zweitens gehören sie zu den Ausnahmeerscheinungen, da die der Wahrheit verpflichteten und schwarz auf weiß niedergeschriebenen Texte ein hohes Risiko für den Verfasser darstellten. Der Autor setzte sich der Gefahr aus, entdeckt und wegen »staatsfeindlicher Äußerungen« strafrechtlich belangt zu werden. Dies umso mehr, wenn die Aufzeichnungen auch dazu dienen sollten, den Charakter der Diktatur zu dokumentieren und publik zu machen. Das hier vorliegende, von Dietmar Riemann verfasste »Tagebuch einer Ausreise« ist ein solcher authentischer Text, der die enge Verflechtung des Privaten mit dem Politischen in der DDR zum Ausdruck bringt. Das Tagebuch stellt einen subjektiven Ausschnitt aus einer Bewegung dar, die die SED-Diktatur auf Dauer hochgradig destabilisierte und schließlich zu Fall brachte, die »Abstimmung mit den Füßen«.

Zum Verständnis der politischen Aspekte des »Falls« Riemann müssen zwei miteinander verknüpfte Problemkreise in den Blick kommen. Zum einen steht der Ausreiseantrag von Riemann im Kontext der Entwicklung der Ausreisebewegung und den darauf folgenden repressiven Reaktionen der Herrschenden in den achtziger Jahren. Zum anderen rühren die mit dem Ausreiseantrag zugespitzten Konflikte Riemanns aus einem für alle DDR-Bürger von Herrschaft durchdrungenen Alltag. In beiden Konstellationen spielt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eine zentrale Rolle, als

geheim handelndes Instrument der SED und als eine im kollektiven Bewusstsein der Bürger implantierte Kontrollinstanz.

Ausreiseantrag: Versagung oder Abschiebung?

Seit Gründung der DDR im Oktober 1949 bis zum Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 verließen rund 3,5 Millionen Ostdeutsche den SED-Staat, davon 3 Millionen Flüchtlinge und 500 000 Bürger, die der DDR nach dem Mauerbau auf legalem Wege den Rücken kehrten.³ Der Exodus wurde bis zum Mauerbau 1961 von Flüchtlingen über die grüne Grenze oder über West-Berlin bestimmt. Seit 1963 bis zum Sommer 1989 dominierten die legal Ausgereisten, wozu auch die von der Bundesregierung freigekauften politischen Häftlinge gehörten.⁴ Bei den ausgereisten Ostdeutschen überwogen in den sechziger Jahren zu 70 bis 80 Prozent die über 60-Jährigen, also Rentner. In den beiden folgenden Jahrzehnten erlangten mehr und mehr die mittlere und die junge Generation die Ausreise. Im demografischen Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren die »Ausreisener« überdurchschnittlich jung und männlich. Häufig handelte es sich auch um Familien mit Kindern. Im Jahre 1975 lag der Anteil der Nichtrentner unter den »Ausreisern« bereits bei 48 Prozent.⁵ Diese Wandlung vollzog sich vor dem Hintergrund der von der DDR als Mitglied der Vereinten Nationen und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sowie im Rahmen der deutsch-deutschen Vertragspolitik eingegangenen humanitären Verpflichtungen. Sie verschaffte den Ausreisewilligen erstmals die Chance, unter Berufung auf diese Dokumente den SED-Staat beim Wort zu nehmen. Sie konnten sich jedoch weder auf eine verfassungsrechtliche noch gesetzliche Grundlage stützen. Zwar war in der ersten Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949 noch das Grundrecht auf Auswanderung verankert.⁶ Dieses Recht wurde allerdings in den folgenden Jahren durch zunehmende Restriktionen im Reiseverkehr, durch ein immer ausgefeilteres Kontroll- und

3 Vgl. Wendt, Hartmut: Die deutsch-deutschen Wanderungen. In: Deutschland Archiv 24(1991)4, S. 390 u. 393, sowie Eisenfeld, Bernd: Flucht und Ausreise – Macht und Ohnmacht. In: Kuhrt, Eberhard in Verbindung mit Buck, Hannsjörg F. und Holzweißig, Gunter (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 397–399.

4 Siehe Rehlinger, Ludwig: Freikauf: die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1961–1989. Berlin, Frankfurt/M. 1991, S. 102; Meyer, Michael: Freikauf: Menschenhandel in Deutschland. Wien, Hamburg 1978; Eisenfeld, Bernd: Der Freikauf politischer Häftlinge. In: Buchstab, Günter (Hg.): Repression und Haft in der SED-Diktatur und die »gekaufte Freiheit«. St. Augustin 2005, S. 11–36.

5 Übersicht zu erfolgten Übersiedlungen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin im Zeitraum vom 1.1.1972 bis 31.12.1977; BStU, MfS, ZAIG 13668, S. 1.

6 Artikel 10: Jeder Bürger ist berechtigt, auszuwandern. Dieses Recht kann nur durch Gesetze der Republik beschränkt werden. Vgl. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Deutscher Zentralverlag. Berlin 1955.

Überwachungssystem sowie durch strafrechtliche Maßnahmen systematisch ausgehöhlt. Als im Jahre 1968 mit der zweiten Verfassung der DDR dieses formale Auswanderungsrecht eliminiert wurde, entsprach das lediglich der Anpassung an die geübte Praxis. Erst mit Beginn des Jahres 1989 traten Verordnungen in Kraft, die allen Bürgern der DDR das Recht einräumten, eine legale Ausreise zu beantragen und im Falle einer Ablehnung einen Widerspruch geltend zu machen.⁷

Für einen eng begrenzten Personenkreis gab es erstmals 1983 eine gesetzliche Regelung.⁸ Antragsberechtigt waren hiernach Rentner, Invaliden, Pflege- und Betreuungsbedürftige, allein stehende volljährige Kinder, Kinder, die zu ihren im »Ausland« lebenden Eltern ziehen wollten, und im Einzelfall Eheschließende, vorausgesetzt, dass der SED-Staat der Eheschließung zustimmte und sie in der DDR vollzogen wurde. Diese erste gesetzliche Festlegung war eine Reaktion auf die Ergebnisse der KSZE-Konferenz im Jahre 1983 in Madrid, die die Teilnehmerstaaten verpflichtete, »Menschenrechte und Grundfreiheiten [...] und ständige und spürbare Fortschritte [...] zu sichern«.⁹

Einen Durchbruch in der Ausreisefrage brachte diese Regelung jedoch nicht, denn sie verlieh lediglich einer bis dahin geübten Praxis Gesetzeskraft. Allerdings änderte die SED mit Blick auf die KSZE-Konferenz die Terminologie. Wer als Ausreiseantragsteller nicht zu dem engen Kreis der Berechtigten zählte und demzufolge auf die Zurückweisung seines Ausreiseantrages stieß, dies aber nicht widerspruchslos hinnahm und weiter auf seine Ausreise beharrte, der wurde bis dahin als »rechtswidriger Antragsteller« abgestempelt und kriminalisiert. Seit der 83er Regelung galt im offiziellen Sprachgebrauch für diese Antragsteller der weniger politisch verfängliche Begriff des »Übersiedlungsersuchenden«. Faktisch änderte das jedoch nichts am »rechtswidrigen« Status.

Als sich das Berliner Fotografenehepaar Marga und Dietmar Riemann zur Jahreswende 1985/86 entschloss, einen Ausreiseantrag zu stellen und ihn mit »Familienzusammenführung«, lediglich gestützt auf eine Großcousine in Berlin-West, begründete,¹⁰ da gehörte es zum Kreis der faktisch

7 Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland v. 30.11.1988; GBl. Teil I Nr. 25 v. 13.12.1988, S. 271–274, und Verordnung zur Gewährung des ständigen Wohnsitzes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik und zur Eheschließung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik mit Ausländern v. 30.11.1988; ebenda, S. 274.

8 Vgl. Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Ausländern v. 15.9.1983 und die dazugehörige I. Durchführungsbestimmung; GBl. Teil I Nr. 26, S. 254 ff.

9 Aus dem abschließenden Schlussdokument v. 6.9.1983. In: Menschenrechte in der Welt; Berichte und Dokumentationen. Hg. v. Auswärtigen Amt. Bonn 1988, S. 138.

10 Dokument 21, S. 496 in diesem Band.

Kriminalisierten. Die Riemanns hatten zudem einen Zeitpunkt gewählt, der für sie aufgrund der Strategien der SED und ihres Sicherheitsapparates im Umgang mit den Ausreiseantragstellern höchst ungünstig war.

Um dem zunehmenden Druck der »Ausreiser«, die sich immer intensiver durch öffentliche Aktionen Luft zu verschaffen suchten und auch vor Besetzungen westlicher Vertretungen in Ost-Berlin nicht zurückschreckten,¹¹ entgegenzutreten, setzte 1984 ein vielschichtiger Angriff des SED-Staates auf die Ausreiseantragsteller ein. Zunächst öffneten die Machthaber kurzzeitig vom 21. Januar bis zum 28. April für über 21 000 Antragsteller, die sie als »Feinde, kriminelle Elemente und andere Unverbesserliche« bezeichneten, die Tore in die Bundesrepublik und nach West-Berlin.¹² Zugleich griffen sie verstärkt auf das Prinzip Abschreckung zurück. Mit knapp 2 300 allein vom MfS eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurde 1984 der repressive Höhepunkt gegen die Antragsteller erreicht.¹³ Zudem entschloss sich das Regime, gegen die Antragsteller eine »breite gesellschaftliche Front« unter der Devise aufzubauen: »Es kommt insbesondere darauf an zu erreichen, dass die Absicht zur Übersiedlung in allen Lebensbereichen als moralisch verwerflich verurteilt wird.«¹⁴ In der Hoffnung, mehr Antragsteller zur Rücknahme ihres Begehrens zu bewegen, wurde nachdrücklicher denn je ein differenzierter Umgang mit den Antragstellern angestrebt: Wer sich unauffällig verhielt, sollte nachsichtig behandelt werden. Sofern der Antragstellung »berechtigte Verärgerungen oder Unzufriedenheiten« zugrunde lagen, gab es die Auflage, diese Gründe möglichst schnell auszuräumen.¹⁵ Darüber hinaus sollten Ausbürgerungen aus so genannten politisch-operativen Gründen – wie im Frühjahr 1984 in massiver Weise geschehen – »ab sofort« strengsten Maßstäben unterworfen und auf

11 Vgl. Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als Form des Widerstands gegen die politische Verfolgung in der DDR. Berlin 2002.

12 Anlage 1 zur Wochenübersicht der ZAIG: Hinweise zu einigen soziologischen Aspekten des Personenkreises im Rahmen der zentral getroffenen Festlegungen v. 28.5.1984; BStU, MfS, ZAIG 4534, S. 95.

13 Ergänzung zur Lageeinschätzung der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) des MfS für die Jahresplanung 1986 v. 3.2.1986; BStU, MfS, ZKG 2092, S. 16. Die ZKG war die im Jahre 1975 gegründete Diensteinheit des MfS, die für die koordinierte Bekämpfung von Flucht und Ausreise zuständig war. Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe – Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch, Teil III/17). Hg. BStU. Berlin 1995.

14 Studienmaterial der JHS: »Die politisch-operativen Aufgaben des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und offensiven Bekämpfung feindlicher und anderer politisch-operativ relevanter Handlungen im Zusammenhang mit Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen«, v. April 1985; BStU, MfS, ZKG 1646, S. 70. Siehe auch Dokument 5, S. 458–461 in diesem Band.

15 Hinweise Mielkes zur weiteren Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Wirksamkeit im Prozess der offensiven Unterbindung und Zurückdrängung weiterer Versuche von Bürgern der DDR zur Erreichung der Übersiedlung in das nichtsozialistische Ausland v. 12.4.1984, S. 8; BStU, MfS-BdL/Dok. Nr. 008081.

ein Mindestmaß zurückgeführt werden.¹⁶ Es handelte sich dabei um die Freigabe der Ausreise für Antragsteller, die für das MfS als äußerst renitent und unverbesserlich galten und von denen öffentlichkeitswirksame Aktionen befürchtet wurden. Diese Gefahren schienen dem SED-Regime letztlich nur durch die Ausreise »abwendbar«.¹⁷ Orientierungen sahen vor, nur noch solche Personen auf derartige Listen zu setzen, die nachweislich unbelehrbar erschienen und, wie es hieß, »keinen Nutzen« mehr bringen oder bei weiterem »Verbleiben [...] in der DDR nur negative Folgen« nach sich zögen.¹⁸ In die Kosten- und Nutzenrechnung hatte das MfS auch den »Aufwand an politisch-operativer und allgemein-gesellschaftlicher Zeit und Kraft zur Kontrolle der Person« einzubeziehen.¹⁹ Genehmigte Ausreisen sollten in »kürzester Frist, spätestens innerhalb von 24 bzw. 48 Stunden«²⁰ vollzogen werden. Über die eilig Auszubürgernden wurde notiert: »Bei denen nachweislich »Hopf« und Malz« verloren ist, zum richtigen Zeitpunkt, das heißt ehe politischer oder anderer Schaden entsteht.«²¹ Das geschah häufig vor Volkskammer- und Kommunalwahlen, um öffentlicher Kritik zuvorzukommen. Schließlich sollten die so genannten Rückverbindungen, das heißt Kontakte zwischen Ausgereisten und in der DDR verbliebenen Verwandten, Freunden und Kollegen, verstärkt unterbunden werden,²² da diese sich als ein wesentlicher Stimulator der Ausreisebewegung erwiesen.

16 Ordnung der ZKG zur Anwendung strenger Maßstäbe bei der Übersiedlung aus politisch-operativen Gründen sowie anderem staatlichen Interesse v. Januar 1984; BStU, MfS, ZKG 2097, S. 2 ff.

17 Befehl Nr. 6/77 des MfS v. 18.3.1977 zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen sowie zur Unterbindung dieser rechtswidrigen Versuche, S. 30 f.; BStU, MfS-BdL/Dok. Nr. 004791. Vgl. Dokumente 3, S. 449–453, und 5, S. 458–461 in diesem Band.

18 Orientierung der ZKG zur Anwendung strenger Maßstäbe bei Übersiedlungen aus politisch-operativen Gründen sowie anderem staatlichen Interesse v. Juni 1984; BStU, MfS, ZKG 2097, S. 2 ff.

19 Ebenda, S. 4.

20 Schreiben Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten v. 23.3.1984; BStU, MfS, ZKG Bdl. 585, S. 3.

21 Rededisposition zu einem Erfahrungsaustausch in den BV v. 30.10.1985; BStU, MfS, ZKG Bdl. 588, S. 5 ff.

22 Bereits die Dienstanweisung Nr. 2/83 Mielkes v. 13.10.1983 legte u. a. fest: »Durch gezielte Argumentation sind übersiedelte Personen in ihren ehemaligen Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereichen zu diskreditieren, um deren Einfluss zurückzudrängen.«, S. 37; BStU, MfS-BdL/Dok. Nr. 007770. Vgl. auch Dokument 4, S. 454–457 in diesem Band. In einem Bericht der ZKG vom 21.7.1986 heißt es: »Zu ehemaligen DDR-Bürgern, die im Verdacht der Feindtätigkeit stehen, ist die operative Bearbeitung aufzunehmen, die differenzierte Maßnahmen sowohl im Operationsgebiet [gemeint sind die Bundesrepublik und Berlin-West] als auch im sozialistischen Ausland und in der DDR zu bestehenden Rückverbindungen umfassen muss.« BStU, MfS, ZKG 1791, S. 28.

Die Familie Riemann, die nach dem Stellen ihres Ausreiseantrages zunächst darauf bedacht war, ihr Anliegen möglichst geheim zu behandeln und sich von Konflikten, zumal politischen, freizuhalten, besaß vor dem Hintergrund dieser strategischen Überlegungen und Maßnahmen des SED-Staates eine denkbar schlechte Ausgangsposition. Diese musste sich im Laufe des Jahres 1986 noch verschärfen, als die Hoffnungen der Machthaber, im Kampf gegen die Antragsteller voranzukommen, abermals enttäuscht wurden. Nachdem sich die Anzahl der Erstantragsteller im Jahre 1985 gegenüber 1984 zunächst von rund 58 000 auf 27 000 nahezu halbierte, kam es im Jahr 1986 zu einem Zuwachs von knapp 40 000 neuen Antragstellern und erreichte damit wieder den Stand von 1984. Durch die Verringerung der Ausreisegenehmigungen in den folgenden drei Jahren auf das niedrige Niveau vor 1984 sah sich der SED-Staat nun mit einer sprunghaften Zunahme von Übersiedlungsersuchenden konfrontiert. Von rund 50 000 im Jahre 1984 stieg er 1986 auf über 78 000 und überschritt Ende des Jahres 1987 erstmals die 100 000er Grenze.²³

Ost-Berlin gehörte neben Dresden zu den Schwerpunkten. Kamen in der sächsischen Metropole auf 10 000 Einwohner 80 Neuantragsteller, so waren es in Berlin 55.²⁴ Wegen der langen Wartezeiten wuchs die Anzahl der Enttäuschten und Ungeduldigen, vor allem der besonders Aufmüpfigen unter den Antragstellern. Registrierte das MfS bereits gegen Ende des Jahres 1986 ein »zunehmend forderndes Auftreten« sowie Gruppierungen von Antragstellern, die es auf »öffentlichkeitswirksame Provokationen« anlegten, so kam es im Frühjahr 1987 zu einer Reihe größerer Demonstrationen. Im Februar skandierten in Dresden 300 Antragsteller unter der Losung: »Erich gib den Schlüssel raus!« In Leipzig nutzten 300 überwiegend jugendliche Ausreisewillige die Frühjahrsmesse, um die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass ihnen die Grundrechte auf Reisefreiheit und die freie Wahl des Wohnsitzes verwehrt wurden. In Jena und anderen Städten griffen Antragsteller wieder auf die Tradition der »Weißen Kreise« zurück.²⁵ Gruppierungen von Antragstellern registrierte das MfS neben Berlin in den Bezirken Cottbus, Erfurt, Frankfurt/Oder, Gera, Halle,

23 Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike; Eckert, Rainer; Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung: Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 192–223, hier 202.

24 Ergänzung zur Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1987 der ZKG v. Januar 1987; BStU, MfS, ZAIG 7725, S. 82.

25 Es handelte sich um Antragsteller, die sich u. a. symbolisch gekleidet mit weißen Hemden und Blusen vornehmlich auf öffentlichen Plätzen und Straßen zu Schweigedemonstrationen bzw. gemeinsamen »Spaziergängen« zusammenfanden, um auf diese Weise solidarisch ihr Anliegen auf Ausreise zu bekunden. »Weiße Kreise« tauchten erstmals in massiverer Form 1983/84 in Jena und Dresden auf.

Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Schwerin und Suhl. Immer häufiger tauchten in der Öffentlichkeit ihre markantesten Symbole, Plaketten mit dem Buchstaben »A« (für Ausreiser) und weiße Schleifen bzw. Bänder, häufig angebracht an Fahrzeugen, auf.²⁶ Unter dem Dach der Ostberliner oppositionellen Umweltbibliothek etablierte sich im September 1987 eine Arbeitsgruppe »Staatsbürgerschaftsrecht der DDR«, die unter anderem das Ziel verfolgte, Ausreisewilligen eine legale Handlungsbasis zu schaffen.²⁷

Auf einem Treffen am 9. Januar 1988, zu dem Ausreisewillige aus acht Bezirken der DDR angereist waren, wurde beschlossen, sich unter der Losung »Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« an der offiziellen Demonstration anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar zu beteiligen. Umgehend verhaftete das MfS an diesem Tag eine größere Anzahl von Ausreisewilligen und brachte diese in Untersuchungshaftanstalten. Wenige Tage später wurden sie in den Westen abgeschoben. Dieses Vorgehen war für viele andere Antragsteller ein Lehrstück: Gruppenbildungen und öffentliche Aktionen schienen den Weg in den Westen weit schneller zu ebnen als geduldiges Warten. Der damalige ZK-Sekretär für Sicherheit, Egon Krenz, kam in einer an Staatschef Honecker gerichteten Information nicht umhin, eine Reihe bitterer Wahrheiten anzusprechen. Er musste einräumen, dass die »im Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Januar 1988 erfolgten Übersiedlungen von Provokateuren [...] zu verstärkten Aktivitäten eines großen Teils der Übersiedlungsersuchenden geführt« haben, eine sachliche Gesprächsbereitschaft mit diesen nicht mehr möglich ist und ihr Auftreten »extrem aggressiv« sei.²⁸ Die Stimmung in der Ausreisesezene wurde mit den Worten wiedergegeben: »Wir werden uns die Genehmigung zur Übersiedlung erkämpfen; jedes Mittel ist uns recht [...] nach dem 17. Januar 1988 in Berlin wissen wir, wie wir unsere Übersiedlung erzwingen können.«²⁹

Schließlich fiel den Machthabern 1988 nichts Besseres ein, als auf den Maßnahmenkatalog des Jahres 1984 zurückzugreifen. Die Ausreisegenehmigungen aus »politisch-operativen Gründen« wurden schlagartig von den

26 Lageeinschätzung für den Jahresplan 1988 der ZKG v. Oktober 1987; BStU, MfS, ZKG 7726, S. 26 f.

27 Vgl. Jeschonneck, Günter: *Ausreise – das Dilemma des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates*. In: Kroh, Ferdinand (Hg.): *»Freiheit ist immer Freiheit ...«*. Die Andersdenkenden in der DDR. Frankfurt/M. u. a. 1988, S. 234–265.

28 Hausmitteilung von Egon Krenz an Erich Honecker am 14.4.1988; SAPMO-BA, ZPA IV 2./2.038/308, S. 106 (handschriftlich).

29 Ebenda, S. 105.

ursprünglich geplanten monatlich 1000 auf 2000 bis 3000 erhöht³⁰ und zugleich die Repressionen verstärkt. Das MfS leitete rund 1300 Ermittlungsverfahren ein, und die Kriminalpolizei eröffnete allein gegen so genannte Symbolträger 64 Ermittlungsverfahren, verhängte 328 Ordnungsstrafen, beschlagnahmte 11 Kraftfahrzeuge, entzog 89 Führerscheine und nahm 24 Kfz-Zulassungen zurück. Es kam zu 373 »Zuführungen«, und 3324 Belehrungen und Verwarnungen wurden ausgesprochen.³¹ Man müsse, so hieß es, »das Potenzial feindlich-negativer Kräfte unter den Übersiedlungsersuchenden systematisch abbauen und ihren vielgestaltigen negativen Einfluss unterbinden, [um] Schaden für die DDR abzuwenden«.³²

Liefen diese Strategien schon seit 1984 weithin ins Leere, so folgte für den SED-Staat angesichts von über 100 000 Ausreiseantragstellern ein totales Fiasko. In jedem Winkel der DDR war die demoralisierende Losung zu hören: »Der Letzte macht das Licht aus.« Daran konnten auch die vor dem Hintergrund der Wiener KSZE-Konferenz im Januar 1989 in Kraft getretenen neuen Verordnungen über den Reiseverkehr und Familienzusammenführungen³³ nichts ändern. Sie brachten keine Entlastung, sondern eine weitere Zuspitzung der Ausreiseproblematik. Obwohl auf zentraler Ebene entschieden wurde, im »Vorfeld gesellschaftlicher Höhepunkte«, so vor den Kommunalwahlen im Mai, den Antragstellern »möglichst keine Ablehnungen« auszusprechen,³⁴ wurden diese immer aufmüpfiger. Das Ministerium des Innern stellte eine »deutliche Zunahme des aggressiven Auftretens sowie eine sinkende Hemmschwelle zur Androhung und Durchführung von provokatorisch-demonstrativen Handlungen und Straftaten« fest.³⁵ Gleichzeitig nahmen die Besetzungen westlicher Vertretungen ein dramatisches Ausmaß an: Seit Beginn des Jahres 1989 mussten wöchentlich bis zu 100 Besetzer in Kauf genommen werden.³⁶ In den ersten drei Mona-

30 Anlage eines Schreibens des MfS an Egon Krenz über Grundsätze zur Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchen zur Genehmigung von Übersiedlungen im Interesse der Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit v. 16.4.1988; SAPMO-BA, ZPA IV 2./2.039.308, S. 113.

31 Ergänzung der Lageeinschätzung der ZKG v. Januar 1989; BStU, MfS, ZKG 2029, S. 886. Hierzu auch Dokument 10, S. 475–480 in diesem Band.

32 Dienstberatung des Mdl am 15.4.1988; BStU, MfS, ZKG 2203, S. 3.

33 Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR sowie Verordnung zur Gewährung des ständigen Wohnsitzes für Ausländer in der DDR und zur Eheschließung von Bürgern der DDR mit Ausländern (beide Anm. 7).

34 Auszug aus dem Manuskript des Referates von Minister Mielke auf der zentralen Dienstbesprechung des MfS v. 28.4.1989, S. 93; BStU, MfS-BdL/Dok. Nr. 009047.

35 Information des Mdl über die Entwicklung der Zurückdrängung der Antragstellung vom Juli 1989 über die Zeit vom 1.1. bis 30.6.1989; SAPMO-BA, ZPA V 2./2.039.3099, S. 59 (handschriftlich).

36 Ebenda.

ten waren das 800 Personen, darunter befanden sich über 90 Prozent Antragsteller.³⁷

Auch der Organisationsgrad der Ausreiseantragsteller nahm zu. Neben den Zusammenkünften im Rahmen von »Friedensgebeten« und »Fürbitt-Gottesdiensten« formierten sich Antragsteller mehr und mehr in KSZE-Arbeitskreisen. Im ersten Halbjahr 1989 gingen beim Ministerium des Innern 33 Anträge ein, in denen Ausreiseantragsteller um die Genehmigung ersuchten, einen Verein gründen zu können.³⁸ Der abermals äußerst widersprüchliche und ausweglose Zickzackkurs der SED-Führung im Umgang mit den Antragstellern führte zur weiteren Erosion der »breiten gesellschaftlichen Front«. Das Innenministerium resümierte: »Die Beherrschung der Lage auf dem Gebiet der Zurückdrängung von Antragstellern auf Ausreise ist kaum noch zu gewährleisten« und »die territorialen Möglichkeiten sind diesbezüglich ausgeschöpft«.³⁹ Das kam schon einer Kapitulationserklärung nahe.

Die allgemeine innen- und außenpolitische Situation, wie sie sich seit Mai 1989 abzeichnete, konnte diese Hilflosigkeit, ja Ohnmacht der Herrschenden nur noch vertiefen. Einerseits mussten der offensichtliche Wahlbetrug der SED bei den im Mai durchgeführten Kommunalwahlen und das solidarische Bekenntnis der SED und der »Volkskammer« im Juni mit den chinesischen Kommunisten bei der blutigen Niederschlagung demonstrierender Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking auch noch den letzten Rest an Hoffnungen auf Reformansätze zerstören. Andererseits wurden im Mai an der ungarisch-österreichischen Grenze mit Drahtscheren erste Löcher in den Eisernen Vorhang geschnitten. Als im Sommer 1989 die ungarische Regierung nicht mehr bereit war, aufgegriffene flüchtende Ostdeutsche an die DDR-Organen auszuliefern, war die Symbiose der Ausreise- mit der Fluchtbewegung schon im vollen Gange. Sie erwies sich als Motor für den Ruf auf der Straße nach Veränderungen unter dem Motto »Wir bleiben hier!« und bildete einen politischen und sozialen Sprengstoff, der den Zusammenbruch des SED-Regimes im Herbst 1989 und den Einsturz der Berliner Mauer auslösten.

Die Riemanns gehörten zu den Antragstellern, die aus dem Auf und Ab bei den Ausreisegenehmigungen keinen Nutzen ziehen konnten. Als sie sich zur Antragstellung durchrangen, muteten sie sich eine Wartezeit von »zwei bis drei Jahren« zu. Doch bald, im Oktober 1986, schöpften sie erste Hoffnungen, dass ihnen eine »niederschmetternde lange Wartezeit« erspart

37 Einschätzung der politisch-operativen Lage durch die ZKG vom April 1989; BStU, MfS, Bestand Neiber, MfS-184, S. 13.

38 Information des Mdl v. Juli 1989 (Anm. 35), S. 60.

39 Ebenda, S. 66 f.

bleiben könnte. Über geheime Kanäle hatte ihr Fall inzwischen die Bonner SPD-Zentrale und über die Großcousine auch die für die Bundesregierung in humanitären Angelegenheiten mit der DDR beauftragte Rechtsanwältin Frau von der Schulenburg in West-Berlin erreicht. Wie weit die Euphorie, bald erlöst zu sein, bei den Riemanns reichte, verrät wenige Monate später die Tagebucheintragung vom 7. Dezember 1986. Bereits nach einem knappen Jahr sahen sie sich, bewirkt durch eine Botschaft der Großcousine, in einem Glücksrausch ganz nah am Ziel ihrer Träume: »Wir laufen wie die Angestochenen umher, denn wir dürfen bald, möglicherweise noch im ersten Drittel des kommenden Jahres, ausreisen! [...] Hoch lebe die SPD!« Die Ernüchterung, die dann im Frühjahr 1987 folgte, war noch immer recht verhalten und hoffnungsschwanger. Am 23. März hält Dietmar Riemann in seinem Tagebuch fest: »Wir reden nun bezüglich unserer Ausreise doch nicht mehr über einen Zeitraum von Wochen, sondern wir rechnen wieder mit Monaten.« Aus den Monaten wurde ein zweieinhalbjähriger Nervenkrieg, währenddessen die Riemanns etliche Leidensgenossen, darunter auch solche, die erst nach ihnen den Ausreiseantrag gestellt hatten, in den Westen ziehen sahen.

Warum sie der SED-Staat bis zum Herbst 1989 festhielt, lässt sich letztlich nicht schlüssig beantworten. Als Antragsteller, die an kein staatliches Arbeitsverhältnis gebunden waren, die zudem eine künstlerische bzw. selbstständige Tätigkeit ausübten, über gute Kanäle und einflussreiche Befürworter im anderen Teil Deutschlands sowie über ein schön gelegenes Grundstück mit Haus verfügten, besaßen die Riemanns – auch wenn keine Rechtsgrundlage vorlag – eigentlich vergleichsweise gute Voraussetzungen, in relativ kurzer Zeit der DDR auf legalem Wege den Rücken zuzukehren. Besondere Ausschließungsgründe, wie etwa eine Geheimnisträgerschaft oder MfS-Mitarbeiter in der Familie, lagen nicht vor.⁴⁰

Nach allem, was wir heute über die Behandlung der Ausreiseantragsteller durch den SED-Staat wissen, dürfte vermutlich ein anderer Grund die entscheidende Rolle gespielt haben: die öffentliche Zurückhaltung der Riemanns in ihrer Ausreisesache. Dass die Staatssicherheit einem von den Riemanns betriebenen wagehalsigen, sich über mehrere Jahre hingezogenen gesetzwidrigen Ost-West-Transfer von Geld und Gut und »staatsfeindlichen« Dokumenten, wie der Tagebücher und Fotoprojekte, sowie den damit einhergegangenen schriftlichen und telefonischen Kontakten nicht auf die Spur kam, ist zumindest ein untrügliches Indiz dafür, dass dieser gewaltige Kontrollapparat die Riemanns weder als Gefahrenquelle noch als potenzielle Störenfriede ernsthaft ins Visier nahm oder im Visier hatte. Hier scheint sich zu bestätigen, dass dieser Apparat offensichtlich einerseits die Unwäg-

40 Vgl. Dokument 4, S. 454–457 in diesem Band.

barkeiten, die in den Grauzonen widerwilliger Anpassung nisteten, unterschätzte, und andererseits angesichts zunehmender öffentlichkeitswirksamer Auftritte von Antragstellern überfordert war.

Damit gehörten die Riemanns zu jenem Kreis von Antragstellern, die das MfS weithin »aussparen« konnte. Die für diese Antragsteller bevorzugte und bewährte Hinhaltenaktik konnte offensichtlich getrost der zuständigen Abteilung Inneres des Ostberliner Stadtbezirkes Köpenick überlassen werden. Diese taktischen Manöver wurden, so scheint es, auch dadurch begünstigt, dass den Riemanns infolge ihrer öffentlichen Zurückhaltung noch ein attraktiver Fotoauftrag erteilt wurde, der dem internationalen Reputationsbedürfnis des SED-Staates entgegenkam.⁴¹ Ihr schön gelegenes Haus und Grundstück half auch nicht weiter, da es, aus welchen Gründen auch immer, nicht auf Kaufinteressenten aus Kreisen der Machthaber und ihrer Günstlinge stieß. Auch leitende MfS-Mitarbeiter, die häufig Nutznießer solcher Grundstücksverkäufe wurden, traten nicht ernsthaft in Erscheinung, sodass auch bei dem Apparat, der die grundsätzliche Entscheidung über »Bleiben« oder »Gehen« fällte, kein besonderer Handlungsbedarf vorlag.⁴² Wenn Antragsteller im Rahmen der Gespräche bei der Abteilung Inneres »ausrasteten« – und dazu gehörte auch Dietmar Riemann – war zwar Gefahr im Verzug. Doch hatte das in der Regel nur für solche Antragsteller Folgen, die das MfS ohnehin gern hinter Gittern sehen wollte, aber mangels handfester Beweise nicht einsperren konnte. Offensichtlich wurden diese Fälle unter der Kategorie »rechtlich nicht relevante Verhaltensweisen«⁴³ vermerkt und abgebucht.

Wenn Riemann in seinem Tagebuch die Befürchtung äußert, dass das SED-Regime auf Kosten der »streng nach den Regeln« ausharrenden Antragsteller wohl eher die »regelwidrigen« Antragsteller in den Westen gehen lässt, dann dürfte diese Befürchtung tatsächlich zutreffen haben. Zwischen 1984 und 1988 erhielten allein 36000 Antragsteller aus »politisch-operativen Gründen« den »Freibrief« des MfS zur Ausreise.⁴⁴

Die Nichtteilnahme der Riemanns an den Wahlen in der DDR sowie eine Eingabe an Honecker im November 1988 reichten offenbar ebenfalls nicht aus, den Überwachungs- und Unterdrückungsapparat zu mobilisieren. »Übersiedlungsersuchende« als Nicht-Wähler, das war genauso gewöhnlich wie ihre Beschwerden an zentrale Stellen. Ganz davon abgesehen, dass einer geheimen Weisung zufolge diese Beschwerden nicht als Eingaben im

41 Dokument 24, S. 500 in diesem Band.

42 Vgl. Dokument 4, S. 454–457 in diesem Band.

43 Vgl. Dokument 6, S. 462–465 in diesem Band.

44 Vgl. Eisenfeld: Die Ausreisebewegung (Anm. 23), S. 217.

Sinne des Eingabengesetzes behandelt werden durften,⁴⁵ so wurden die zentralen staatlichen Organe damit regelrecht zugeschnitten. Im Jahre 1988 meldeten sich auf diese Weise rund 70 000 Antragsteller zu Wort, darunter 30 000, die sich an Staatschef Honecker persönlich wandten. Viele davon schreckten die Staatsfunktionäre auf und gelangten umgehend zur Staatssicherheit. Die Eingabe von Dietmar Riemann, die er selbstkritisch in seinem Tagebuch als ein »erbärmliches Gnadengesuch« charakterisierte, vermochte weder die Abteilung Inneres noch die Staatssicherheit ernsthaft zu beunruhigen.

Alltag und Herrschaft

Der Ausreiseantrag und das Beharren auf Ausreise waren Akte der Selbstbefreiung. Die Riemanns wollten sich nicht weiter dem Zwang aussetzen, »Mitmacher sein zu müssen«. Das Tagebuch verkörpert mithin nicht die Niederschrift eines Oppositionellen oder Widerständlers. Der Fotograf Dietmar Riemann hat sich eine solche Rolle auch gar nicht angemaßt. Umso aufschlussreicher ist die Tagebuchgeschichte. Sie zeigt mit Dietmar Riemann einen Verhaltenstypus, der zunächst durch Angepasstheit Karriere machte, dann jedoch durch gewachsene berufliche, ideelle und materielle Ansprüche immer häufiger an die Grenzen seiner Möglichkeiten und des politischen Systems stößt, was schließlich die grundsätzliche innere politische Ablehnung des SED-Staates und den Ausreiseantrag auslöste. Mit dem Antrag aber spitzte sich die Situation weiter zu, da der so aufgebrochene politische Grundkonflikt die Entmündigung und Ohnmacht des Betroffenen tagtäglich erfahrbarer und die Willkür der SED-Diktatur und ihrer Gehilfen immer unerträglicher, weil auch »hautnah« machte.

Wenn die Staatssicherheit offensichtlich auch keinen Anlass sah direkt einzugreifen, so zeigen die Stationen des Tagebuches doch die allumfassende Wirkung dieses Apparates: Ob Knattergeräusche und Unterbrechungen beim Telefonieren sowie fortlaufende Anschlussdefekte, ob potenzielle Kaufinteressenten am Grundstück und andere »undurchsichtige« Neugierige, ob Postverkehr und der eingeschaltete Anwalt, sie alle belegen die alltägliche Präsenz dieses Apparates und seine Funktion als Bote von Einschüchterung, Angst und Willkür. Dieses bewirkte die immer wiederkehrenden schweißgebadeten Nächte mit den Alpträumen von Dietmar Riemann.

45 Vgl. Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates über die Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens der staatlichen Organe, Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen v. 15.6.1986; BStU, MfS, ZKG 2206, S. 6.

Das MfS als politische Geheimpolizei der kommunistischen Partei SED hatte in den fünfziger Jahren noch mit offenem Terror die Bürger eingeschüchtert. In den achtziger Jahren hielt es sich mit seinen Machenschaften streng an die Konspiration. Aber der doppelte Boden der Herrschaft, deren unterste Schicht das MfS war, blieb den Menschen stets bewusst. Der totalitäre Staat musste seine angemessene Herrschaft durch die Beseitigung und dauerhafte Verhinderung jeder anderen politischen Artikulation sichern. Um dies zu erreichen, konnte sich die Herrschaft nicht auf die Zerstörung von Institutionen, Rechtsverhältnissen oder von ihm unabhängige soziale Beziehungen beschränken, sondern musste versuchen, die Mitglieder der Gesellschaft derart zu »präparieren«⁴⁶, dass sie aus Angst oder verinnerlichter Selbstknechtung als Individuen oder gar in Zusammenschlüssen von Individuen ihr nicht gegenüberzutreten vermochten. Erst im Herbst 1989 forderten die Demonstranten massenweise die Beseitigung dieses Herrschaftsmittels der SED. Indem sie laut die Losungen gegen die »Stasi« skandierten, schrien sie sich die innere Knechtschaft aus dem Leibe.

Bei Dietmar Riemann kündigte sich dieser Prozess an, als er seinen Ausreiseantrag stellte und zugleich sein Tagebuch aufschlug und sich freizuschreiben begann. Das war für ihn kein leichter Prozess. Da haben er und seine Familie es zu Wohlstand, ja zu einem durchaus privilegierten Status gebracht und doch brechen sie aus diesem System in der zwiespältigen Erwartung aus, »drüben« zwar freier leben und der Tochter eine »zuzementierte sozialistische Gesellschaft« ersparen zu können, aber dort angelangt, »auf der sozialen Leiter weit nach unten [zu] fallen«. Um diesen Fall abzufedern, wurde alle Energie aufgebracht, materiell zu retten, was zu retten ging. Das aber wiederum erhöhte die Risiken bis zu einem Punkt, der die ganze Existenz der Familie bedrohte. Die geheimen, den offiziellen DDR-Gesetzen zuwiderlaufenden Aktionen der Riemanns schlossen die Gefahr ein, von heute auf morgen alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer war. Ein Zugriff der Staatssicherheit auf die Tagebuchaufzeichnungen hätte die Eheleute für Jahre hinter Schloss und Riegel gebracht, von ihrer Tochter getrennt und bettelarm gemacht. Dass sich diese Gefahr nicht realisierte, ändert nichts an der Tatsache, dass sie die Familie Riemann belastete.

Dem Kenner der Möglichkeiten und Praktiken des MfS fällt beim Lesen auf, dass sich hier auch ein bemerkenswerter realer Kontrollverlust, ein Versagen des Staatssicherheitsdienstes offenbart. Das MfS hatte sich ausgeklügelte strategische Verfahren im Kampf gegen die Ausreisebewegung erdacht. In dieser Fixierung entging ihm aber Wesentliches. Hinter dem Rücken der kommunistischen Sicherheitsorgane bauten die Riemanns an

46 Dazu Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/M. 1955, S. 744 f.

ihrer Zukunft in der Freiheit, auch in materieller Hinsicht. Das mag als Zeichen für ein noch gravierenderes Versagen stehen. Die SED und ihr MfS konnten nicht einmal die willigen und eigentlich naturgemäß weniger politisch ambitionierten Bürger binden. Im Gegenteil. Selbst diese waren bereit, den hohen Preis existenzieller Notlagen zu zahlen, um diesem System zu entkommen und in Freiheit und selbstbestimmt leben zu können.

Das Tagebuch erinnert darüber hinaus eindringlich an die Tristesse und den grauen Alltag der DDR mit seinen trübseligen Versorgungsproblemen und Zerfallserscheinungen. Es ruft auch in Erinnerung, wie schnell politische »Aussteiger« an den Rand der Gesellschaft getrieben wurden und freundschaftliche sowie solidarische Bindungen in opportunistisches Verhalten umschlugen, sobald grundsätzliche politische Konflikte nicht mehr einfach zu umgehen waren. Die ostalgischen Mythen, die den SED-Staat als eine Gesellschaft darstellen, die von sozialer Geborgenheit und Sicherheit, vom »kollektiven« Miteinander statt Gegeneinander der Menschen geprägt war, werden durch die authentischen Aufzeichnungen von Dietmar Riemann aufgeklärt.

In wissenschaftlicher Hinsicht steht die legitime Frage, ob in der DDR das Privatleben von den politischen Grundlagen des Systems freigehalten bzw. getrennt werden konnte. Dieses Tagebuch zeigt, dass es sich als sehr schwierig erweist, unabhängig von Herrschaft Gesellschaftsgeschichte zu schreiben. Ein Programm, das die »Grenzen der Diktatur«⁴⁷ beschreiben möchte, sollte jedenfalls die Situation der Ausreiseantragsteller nicht ignorieren und als Sonderfälle behandeln. Sicher ist, dass es Menschen gab und gibt, die aufgrund ihrer Erfahrungen erklären, dass »nicht alles in der DDR [...] Diktatur« war, da »Herrschaft als soziale Praxis« eine »wechselseitige Abhängigkeit«⁴⁸ von Herrschenden und Beherrschten bedeutete. So ist doch festzuhalten, dass dieses Machtverhältnis asymmetrisch war und die Gewaltmittel allein den Herrschenden zur Verfügung standen. Und selbst die listigen und eigensinnigen Schwejkiaden, die auch bei Riemann dokumentiert sind, waren noch nicht Ausdruck von Recht und Freiheit. Zwar gilt: »Eigen-sinnig« motivierte Verhaltensweisen enthielten somit ein durchaus ambivalentes Potenzial: Sie konnten den totalitären Geltungsanspruch der SED unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der relativen Eigenständigkeit sichern.«⁴⁹ Aber diese Verhaltensweisen waren Ausfluss einer Diktatur, die die Beherrschten dazu trieb, auf die verlogenen Spielregeln

47 Vgl. Bessel, Richard; Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996

48 Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Berlin 1999, S. 21 f.

49 Ebenda, S. 25.

des totalitären Staates selbst mit dem Ziehen von gezinkten Karten zu reagieren. Das Tagebuch von Riemann zeigt einen Alltag, wie ihn nur die Diktatur kennt.

Im Übrigen dürfte diese Tagebuch-Geschichte aber auch deshalb seine Leser berühren, weil sie nach dem Wechsel der Riemanns von Ost nach West nicht die frohen Erwartungen, sondern die Befürchtungen übertrifft. Gleichwohl korrigiert sie das noch immer gepflegte Bild von den »Ausreisern« und Flüchtlingen, die angeblich den Weg des geringsten Widerstandes wählten und nur darauf aus waren, in das weiche Bett des Westens zu fallen.⁵⁰ Es ging nicht um Bananen, es ging um Freiheit.

Zum Text des Tagebuches

Das Tagebuch, das der Herausgeberin zur Publikation vorgelegt wurde, umfasst insgesamt 386 in einzeiliger Schreibmaschinenschrift abgefasste Manuskriptseiten, die – wie im Vorwort festgehalten – von Dietmar Riemann aus Heften und Zetteln übertragen und stilistisch durch Herrn Klaus Gubener geglättet worden sind. Mit der Entscheidung, einen Antrag auf Ausreise zu stellen, beginnen die Eintragungen. Über vier Fünftel entfallen auf die DDR-Zeit vom 3. Januar 1986 bis 27. September 1989 und knapp ein Fünftel, vom 28. September bis zum 3. Januar 1996, auf die Niederschrift in der Bundesrepublik. Sie umfassen also genau zehn Jahre, wobei der Charakter eines Tagebuches im Sinne regelmäßiger Eintragungen vollständig auf die östliche und nur rückblickend auf die westliche Seite zutrifft. Im Westen kam es, abgesehen von der ersten Woche, nur noch zu spontanen Eintragungen, die in immer längeren zeitlichen Abständen und in Form von Rückblenden erfolgten.

Die Herausgeberin entschloss sich nach Durchsicht des Manuskriptes im Interesse eines flüssigen, auf den Kern gerichteten und von wiederholenden Darstellungen befreiten Textes, das Tagebuch nicht komplett wiederzugeben. Die Auswahl wurde auf solche Eintragungen konzentriert, die dem Ausreiseverfahren und die mit ihm verbundenen Umstände und Reflexionen, einschließlich derer über den Alltag der DDR, zugeschrieben werden. Weggelassen und durch Auslassungszeichen gekennzeichnet wurden Eintragungen, die nur dem mittelbaren Erleben von Dietmar Riemann entsprangen, so etwa die Wiedergabe von Berichten und Kommentaren der Medien, seine literarischen Anspielungen, berufliche Pläne und Vorstellungen, sowie Kontakte zu Menschen und dazugehörige Beschreibungen, die die Ausreisethematik nicht tangierten. Dank des Autors und der Herausgeberin gebührt an dieser Stelle Frau Professor Dr. Villinger, die bei der

50 Hierzu auch Eisenfeld, Bernd: Gründe und Motive von Flüchtlingen und Ausreisearchivstellern aus der DDR. In: Deutschland Archiv 37 (2004) 1, S. 89–105.

Auswahl der Kürzungen wesentlich beteiligt war. Bei der Wiedergabe der Tagebuch-Texte wurde die Orthographie stillschweigend nach den neuen Rechtschreibregeln vereinheitlicht; geringfügige grammatikalische Fehler wurden ebenfalls stillschweigend korrigiert. Korrekturen formaler Art in den Dokumenten sind durch eckige Klammern oder in entsprechenden Fußnoten angezeigt. Vorsichtig angeglichen wurden auch andere Formalien wie Abkürzungen und die Absatzgestaltung. Hervorhebungen unterschiedlichster Art sind einheitlich in kursiven Lettern wiedergegeben, in den Originalen vorhandene redaktionelle Korrekturen in entsprechenden Fußnoten beschrieben.

Um die in Sprache gebrachte Lebenserfahrung mit der Arbeitsweise der Herrschaft zu konfrontieren und zugleich die politischen Aspekte zu belegen, wurde das Tagebuch mit einer Reihe von Dokumenten ergänzt. Sowohl die abgedruckten schriftlichen Äußerungen des Autors wie auch Schriftgut des MfS bilden den bürokratischen und reduktionistischen Niederschlag einer Geschichte, die sich nicht in der Verwaltung von Schicksalen erschöpft, aber ohne die diese Geschichte manchmal nicht verständlich wäre. Als ein gleichsam zweites Tagebuch seines Lebens in der DDR hat Dietmar Riemann eine kleine Auswahl von Fotografien beige-steuert. Sie stellen neben dem Text eine vielsagende ästhetische Bewältigung dieser Erfahrung dar und vermitteln diese bisweilen unmittelbarer und eindrücklicher, als es Worte zuwege bringen könnten. Die quasi dreidimensionale Annäherung an Erfahrungen in einer vergangenen Diktatur, das Tagebuch, die Dokumente und die Bilder, lassen sich als unterschiedliche Spiegelungen des gleichen im Menschen eingeschriebenen Verlangens nach Freiheit und Würde verstehen.

Bernd Eisenfeld

Tagebuch 1986 bis 1996

1986

3.1.1986

Seit Jahren ringe ich mit der Frage, ob ich nicht ein Tagebuch führen sollte.

Wie sehr und schmerzhaft haben wir uns mit unsrem Staat auseinandergesetzt, meine Frau und ich.

Viele Freunde und Bekannte sind bereits gegangen, leben jetzt im anderen Teil unseres gespaltenen Vaterlandes, im anderen Teil unserer Stadt.

Andere Freunde wiederum warten seit Jahren, manche auch erst seit kurzer Zeit, auf ihre Ausreisegenehmigung, auf die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR.

Und immer war das Weggehen der Freunde und Bekannten, oder auch nur ihre Entscheidung für den »Antrag«, eine schlimme Zeit für uns, verbunden mit schlaflosen Nächten und Tränen.

Auch wir kämpfen innerlich seit Jahren um eine solche Entscheidung. Eigentlich wollten wir erst zur Ruhe kommen, Abstand gewinnen zum Thema Ausreise. Es gibt aber immer wieder neue Menschen, uns nahe stehende Menschen, die uns diesen mutigen Schritt voraushaben. Man kann keinen Abstand zu diesem Problem gewinnen!

In der vergangenen Silvesternacht ist unser Entschluss zur letzten Reife gelangt: Auch wir wollen gehen!

Es wird ein langer und schwerer Weg in eine ungewisse Zukunft werden. Ich will mir nichts vormachen. Wir werden unser schönes Haus und Grundstück verlieren. Wahrscheinlich werden wir nie wieder ein eigenes Heim besitzen, noch dazu in einer so wunderbaren Umgebung. Ich hänge sehr an Rahnsdorf.

Wir müssen auch damit rechnen, dass wir so manches Erbstück einbüßen. Alte Möbel, Teppiche, Bilder, Porzellan, Bücher, Schmuck oder andere uns liebe Gegenstände von teilweise großem ideellen Wert können wir vielleicht nicht mitnehmen. Und was wird aus meinem Fotoarchiv werden?

Natürlich verlieren wir auch unsere exponierte gesellschaftliche Stellung. Wir werden in unserem neuen Umfeld, also »Drüben«, auf der sozialen Leiter weit nach unten fallen. Ich werde nicht mehr als freiberuflicher Foto-

graf arbeiten können und ausschließlich Fotos für schöne Bildbände machen.

Zehn Jahre habe ich gebraucht, um das zu werden, was ich hier am Ende meiner »fotografischen Laufbahn« geworden bin. Ich habe mein Handwerk von der Pike auf gelernt, verschiedene Jobs innerhalb des Berufes ausgeübt, mich zum Meister qualifiziert und danach ein Hochschulstudium absolviert. Ein paar Jahre später bin ich als Mitglied im Verband Bildender Künstler der DDR aufgenommen worden. Ich habe sogar ein Buch nach meinem eigenen Anliegen veröffentlichen können. Es steht jedenfalls kurz vor seiner Auslieferung in die Buchhandlungen der DDR. Ich meine meinen Behindertenbildband »Was für eine Insel in was für einem Meer«. Zu den Fotografien dieses Bandes hat einer der bedeutendsten Schriftsteller der DDR, der 1984 verstorbene Franz Fühmann, den Text geschrieben.

Trotzdem glaube ich, dass ich in einem Meer ohne Insel für mich und meine Familie treibe. Ich sehe keine sinnvolle Zukunft, vor allem nicht für unsere erst siebenjährige Tochter Hella. Soll ich im Alter von erst 36 Jahren nur ohnmächtig warten auf vielleicht irgendwann einmal mögliche politische Umbrüche in diesem Staat? Ich weiß doch nur zu gut, wie äußerst unwahrscheinlich solche Veränderungen in unserer zuzementierten sozialistischen Gesellschaft sind. Ich möchte Paris, London, Wien, Rom und Venedig, aber vielleicht auch das fernere Madrid oder Athen, auf jeden Fall das freie westliche Europa, wenigstens ein wenig von Europa, sehen und erleben dürfen. Alle meine Sinne möchte ich hineintauchen in diese uns absolut und auf ewig verschlossene Welt.

»Drüben« wartet auf uns eine Chance, auch ein Abenteuer, mindestens aber eine neue Welt. Und unsere Tochter darf in einem demokratischen Staat aufwachsen. Für Hella wird unser Schritt von großem Wert sein. Wenigstens das scheint festzustehen.

5.1.1986

Der gestrige Tag war sehr anstrengend. Am Vormittag waren wir in Bohnsdorf bei Dietrich K.s Schwiegereltern, um sie in unser Ausreisevorhaben einzuweihen. Die beiden Rentner werden bei ihrem nächsten Besuch in Westberlin meinem ehemaligen Kommilitonen Dietrich K. alle Details übermitteln. Dietrich muss dann die nötigen Schritte, die von Westberlin aus unternommen werden müssen, in Angriff nehmen. Unseren Ausreiseantrag werden wir zwar offiziell zu Margas Großcousine Renate B. stellen, aber Dietrich K. soll unsere eigentliche Stütze werden. Unsere ganze Hoffnung in Bezug auf Hilfe und unser Vertrauen setzen wir in ihn.

Zu Mittag haben wir bei unseren engsten »Ausreisefreunden« gegessen, bei L.s. Anschließend haben wir uns deren Trabant geborgt, da unser Auto

wieder einmal schlappgemacht hat. Unsere Straßen werden von Fahrzeugen der Marke Trabant beherrscht, liebevoll »Trabi«, spöttisch »Gehhilfe« oder aber materialbezogen »Pappe« genannt, weil die Karosserie aus spezieller, kunststoffverstärkter Pappe besteht.

Danach sind wir zum Prenzlauer Berg gefahren, zum Maler Dietrich S. und seiner Familie. Es war ein schöner Nachmittag. S.s hatten in ihrem Atelier einen mit vielen Kerzen wunderbar geschmückten Kaffeetisch hergerichtet. Unser Entschluss zur Ausreise hat sie nicht vom Stuhl gerissen. S.s, die bereits vor einiger Zeit ihren Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR gestellt hatten, waren sowieso der Meinung, dass es auch bei uns früher oder später zu dieser Entscheidung kommen musste.

S.s wollen uns in einer sehr wichtigen Sache helfen. Aufgrund ihrer Beziehungen können ein paar Kartons mit Wertsachen von uns, vor allem mit Fotos, auf dem diplomatischen Weg illegal nach Westberlin gebracht werden. Ein Herr Dr. J. von der FAZ soll diese Dinge über die Grenze schmuggeln und bei Dietrich K. abliefern. Ich hoffe sehr, dass alles gut geht. Ungefährlich ist diese Aktion nicht. Außerdem wird Dietrich K. unser Eigentum wahrscheinlich einige Jahre aufbewahren müssen.

Am Abend sind wir dann noch einmal zu L.s. gegangen. Ihr Haus steht ja fast um die Ecke. Wir sehen uns sehr oft. Bei unseren Freunden haben wir bis tief in die Nacht hinein gesessen und geredet. Auch über L.s wird sich eine illegale Möglichkeit finden, gefährdetes Eigentum vorzuschicken. Allerdings will der »Schmuggler« Geld haben, wahrscheinlich viel Geld.

Bei L.s waren auch Ö.s zu Gast. Ö.s haben das Rundschreiben einer befreundeten Familie vorgelesen, welche die DDR vor ein paar Wochen in Richtung »Westen« verlassen durfte. In diesem Brief dokumentiert der hierzulande einmal ziemlich bekannte Unterhaltungsmusiker und Leiter der »Dampferband« Michael Fritzen seine Ausreise. Da war vom Tag der ersten Zweifel zu lesen und über die dem Ausreiseantrag vorausgegangenen vielen abgelehnten Besuchsanträge in den »Westen«. Dann schließlich folgten der »Antrag« selbst und darauf die Repressalien, Ängste und Nöte bis zum endlich genehmigten Grenzübertritt. Irgendwie hörte sich das Ganze an wie eine Geschichte aus dem »Tausendjährigen Reich«.

Wir hatten gehofft, dass L.s einen Käufer für unser Haus haben. Die Leute, an die gedacht wurde und von denen wir einen Teil des Geldes sogar in D-Mark bekommen hätten, wollen aber inzwischen selbst die Ausreise beantragen. Hoffentlich müssen wir unser Grundstück am Ende nicht verschenken, denn wir möchten wenigstens etwas Kapital in unser neues Leben hinüberretten. Fest steht, dass wir die DDR erst dann verlassen dürfen, wenn wir unser Haus und Grundstück nicht mehr besitzen.

Auch S.s wollen in unserer Grundstücksangelegenheit noch Freunde fragen. Die Berliner Familie, an die S.s denken, sucht seit Jahren ein Haus

im Grünen. Dieses Ehepaar wäre zuverlässig, sodass keine Gefahr bestünde, dem Stasi⁵¹ ins Messer zu laufen. Außerdem könnten wir bis zur Ausreise in unseren vier Wänden wohnen bleiben, denn die Leute würden mit ihrem Umzug auf unseren Grenzübertritt warten. Aber ob S.s Freunde das nötige Geld aufbringen können, ist sehr fraglich. Es ist jedenfalls sehr lieb von S.s, dass sie sich auch dieses Problems annehmen wollen.

Für S.s sind 150 000,00 Mark beziehungsweise 30 000,00 D-Mark – das ist die Summe, an die wir gedacht haben – sehr viel Geld. Der Malerfreund hat mit seinen 44 Jahren im Grunde genommen nichts zusammentragen können. Ich halte Dietrich S. für einen hervorragenden Künstler, aber seine Bilder haben ihn immer mehr schlecht als recht ernährt. Die üblichen Staatsaufträge über den zentralen Künstlerverband der DDR hat er nie bekommen. Dietrich hat durch seinen nun schon länger als ein Jahr laufenden Ausreisantrag gravierende finanzielle Sorgen. Obwohl seine Frau Angela arbeitet, hat er Mühe, seine vier Köpfe zählende Familie über Wasser zu halten.

Wahrscheinlich kann ich Dietrich einen zahlungskräftigen Käufer vermitteln, einen kunstinteressierten Arzt, mit dem ich sehr befreundet bin. Ich denke an Albrecht E. Wenn der meine eigenen Bilder von Dietrich sieht, wird er bestimmt begeistert sein. Und Marga hat Dietrich ganz spontan einen Scheck über 500,00 Mark ausgeschrieben. Es war schön, wie sie das so plötzlich gemacht hat. Noch können wir uns das leisten.

7.1.1986

Ich habe wieder einmal Fragebögen nach »Höck und Hess« ausfüllen müssen. Damit muss ich morgen ins »Haus der Gesundheit« zu einem Abschlussgespräch. Ich war dort in psychotherapeutischer Behandlung mit anschließendem autogenen Training. [...]

Einem netten, jungen Kollegen habe ich heute Abend meine gesamten gesammelten westlichen Fotofachzeitschriften geschenkt. Der Mann war völlig irritiert. Er meinte, dass man doch in solche uns im Allgemeinen unzugänglichen Publikationen auch später noch des Öfteren hineinsehe und sie deshalb wie wertvolle Bücher hüte. So etwas verschenke man eigentlich nicht.

Ich bekomme immer mehr Angst vor einem eventuellen Abhören unseres Arbeitszimmers übers Telefon, ich meine bei aufgelegtem Hörer. Das Telefonieren selbst wird sowieso überwacht. Darüber ist man sich in unseren Kreisen im Klaren. Vor ein paar Tagen hat mir ein Rundfunkmechaniker erklärt, dass auch das Hineinhören in den Raum per Telefon technisch rela-

51 Kurzbezeichnung für den Staatssicherheitsdienst bzw. für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

tiv einfach möglich sei. Nach der Abgabe unseres Ausreiseantrages kann ich mir das natürlich gut vorstellen. Wir bereden ab jetzt gefährliche Sachverhalte nicht mehr im Arbeitszimmer, oder ich ziehe den Stecker aus der Telefondose.

Morgen bringe ich drei bereits gepackte Kartons zu S.s. In einer Verpackung sind alte Bücher. In den zwei weiteren Behältnissen befinden sich andere Wertsachen: ein alter Bakukelime, Gold- und Silbermünzen, Schmuck, ein paar historische Kameras, ein bronzenes Relief von Constantin Meunier, eine wunderschöne Bleistiftzeichnung von Wilhelm Leibl und noch ein paar andere Dinge. Ich bin mir sicher, dass man diese Sachen als so genanntes Kulturgut der DDR einstufen würde, wenn wir sie auf unsere Umzugslisten setzten. In diesem Fall dürften wir unser Eigentum natürlich nicht ins andere Deutschland mitnehmen.

Die Kartons sind irrsinnig schwer. Gebe der Vater im Himmel, dass die Sachen gut bei K.s ankommen und dass wir sie bald – vielleicht in zwei Jahren – in unseren Besitz zurücknehmen können. Jedenfalls werde ich erst wieder ruhiger sein, wenn ich diese Pakete heil über die Grenze weiß.

9.1.1986

In der vergangenen Nacht habe ich sehr schlecht geschlafen. Wirre Träume haben mich geplagt. In einem dieser Alpe befand ich mich auf einem kleinen, furchtbar engen Grundstück, das auch noch extrem hoch umzäunt war. Dort sprang ich sinnlos hektisch um unser neues Auto herum. Außerhalb der bedrückenden Einzäunung tänzelte lächelnd eine halbnackte Jugendfreundin von mir herum, die ich durch ein Loch im Zaun beobachtet habe. Sie machte mir eindeutige sexuelle Angebote. Dabei wurde ich von einem fremden Mann von hinten vergewaltigt. Der Traum war widerwärtig.

Überhaupt habe ich in den vergangenen Nächten viel und heftig und scheußlich geträumt. Es waren oft Gesichter, die mir seltsamerweise – zumindest rudimentär – im Gedächtnis geblieben sind. Manche sind sogar erklärbar.

In einer dieser Traumvorstellungen habe ich mich als Dozent an einer westlichen Kunsthochschule vor Studenten der Fotografie lächerlich gemacht. Zwar konnte ich die Bilder der jungen Leute in künstlerischer Hinsicht beurteilen, aber ich hatte keinerlei Ahnung von moderner Technik und von westlichen Verarbeitungsmaterialien.

In einem anderen Traum befand ich mich zusammen mit Marga in einer überaus unangenehmen, erzwungenen Einwohnervollversammlung unserer »Sozialistischen Straßengemeinschaft«. Worum es in dieser seltsamen Versammlung von ungewöhnlich vielen Menschen ging, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls hatte ich mir fest vorgenommen, mich auf jeden Fall